

TOP 10.1

Gremium	Termin	Status
Umweltausschuss	27.10.2021	öffentlich
Stadtrat	13.12.2021	öffentlich

Antrag Stadtratsfraktion die Grünen - Werbepost nur auf Wunsch: Beitritt der Stadt Ludwigshafen zum Bündnis: Städte gegen Werbeflut

Vorlage Nr.: 20214185



Stadtratsfraktion Ludwigshafen

Monika Kleinschnitger · Fraktionsvorsitzende
Hans-Uwe Daumann · Fraktionsvorsitzender
Heike Hess · Stellv. Fraktionsvorsitzende
Ibrahim Yetkin · Stellv. Fraktionsvorsitzender
Gisela Witt

Fraktionsbüro

Rathausplatz 10
67059 Ludwigshafen
Telefon 0621-52 30 23
Telefax 03222-246 420 8
fraktion@gruene-lu.de
www.die-gruenen-im-rat.de

- **DIE GRÜNEN IM RAT** • Rathausplatz 10 • 67059 Ludwigshafen •

An den
Vorsitzenden des Umweltausschusses
Herrn Beigeordneten
Alexander Thewalt
Jaegerstr. 1

67059 Ludwigshafen

Ludwigshafen, den 19.10.2021

Antrag zur Sitzung des Umweltausschusses am 27.10.2021:

Werbepost nur auf Wunsch: Beitritt der Stadt Ludwigshafen zum Bündnis: Städte gegen Werbeflut

Sehr geehrter Herr Thewalt,

wir bitten Sie, in der Sitzung des Umweltausschusses am 27.10.2021 den folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen:

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat den Beitritt der Stadt Ludwigshafen zum Bündnis: Städte gegen Werbeflut mit folgendem Text:

Die Stadt Ludwigshafen erklärt ihren Beitritt zum Städtebündnis gegen Werbepost und beschließt folgende Grundsätze:

- Die Stadt Ludwigshafen befürwortet die Einführung eines Opt-in-Systems für Werbepost und signalisiert ihre eindeutige Bereitschaft gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik Deutschland, die Opt-in-Lösung lokal umzusetzen.
- Die Stadt Ludwigshafen setzt sich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland für die Grundsätze des Städtebündnisses ein. Die Bundesrepublik Deutschland wird aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen für eine deutschlandweite Umsetzung der Opt-in-Lösung für Werbepost zu schaffen.
- Die Stadt Ludwigshafen veröffentlicht alle Handlungen, die sie im Zuge der Initiative „Opt-in“ unternimmt.

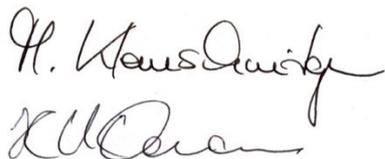
Begründung:

In Deutschland sollen nur diejenigen Werbung bekommen, die diese erhalten möchten - dafür setzt sich das Städtebündnis gegen Werbeflut ein. Kommunen, Städte und zivilgesellschaftliche Initiativen, die Teil des Bündnisses sind, fordern per Grundsatzbeschluss eine bundesweit gesetzliche Regelung für nicht- adressierte Briefkastenwerbung: das Opt-In-Modell. Das Verfahren, bei dem Empfänger vorab zustimmen ob sie die jeweilige Werbung empfangen möchten, wurde bei der E-Mail-Werbung bereits erfolgreich eingeführt.

Das Bündnis ist für die Städte kostenfrei und wird von dem gemeinnützigen Verein Letzte Werbung koordiniert. So bereiten die Städte Bamberg und Leipzig bereits ihren Beitritt zum Städtebündnis gegen Werbeflut vor. Auch der Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister von Leipzig, Burkhard Jung, unterstützt das Bündnis. Zusätzlich konnte das Bündnis bei Vertreter*innen von 15 Städten erste Fürsprecher*innen für einen Beitritt gewinnen. Dieser Erfolg zeigt die Bedeutung der Themen Ressourcen- und Klimaschutz!

Briefkastenwerbung ist ein wichtiges kommunales Thema: Einer Studie der Uni Gießen zufolge laden jedes Jahr ca. 1,2 Millionen Tonnen Papier- und Plastikmüll in deutschen Briefkästen. Diese müssen nicht nur kommunal entsorgt werden, sondern vermüllen viele Eingangsbereiche und Fußgängerzonen. Wirtschaftlich profitieren davon vorrangig die großen Einzelhandelsketten, ganze 67 Prozent der kleinen Unternehmen befürworten eine neue Regelung (Appinio 2020; Umfrage unter 500 Unternehmen). Kommunen, Städte und zivilgesellschaftliche Initiativen, die Teil des Bündnisses sind, teilen die Vision einer Welt, in der bewusster konsumiert wird und in der weniger Ressourcen verschwendet werden.

Mit freundlichem Gruß



Monika Kleinschnitger und Hans-Uwe Daumann, Fraktionsvorsitzende